

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2021

27. Oktober 2021



Liebe Leserinnen und Leser,

der Parlamentsbetrieb hat nach der Sommerpause schon wieder gut Fahrt aufgenommen. Die ersten Landtagssitzungen liegen bereits hinter uns und zeigen, dass die alte und neue grün-schwarze Landesregierung auch weiterhin reichlich unambitioniert den Stillstand verwaltet und die Regierungsfaktionen ihre jeweiligen Machtpositionen mit vielen zusätzlichen Pöstchen ausbauen und zementieren wollen. Ob der zur Schau gestellte Koalitionsfrieden aber weiterhin gewahrt werden kann, werden die nächsten Tage und Wochen zeigen, wenn die Landesregierung ihren Haushaltsentwurf für das kommende Jahr einbringt. So viel Geld, wie in der letzten Legislaturperiode zur Verfügung stand, um Streitigkeiten in der sogenannten Komplementärkoalition einfach zuzuschütten, ist nicht mehr da. Nun wird sich zeigen, ob und wie der Koalitionsvertrag umgesetzt werden kann. Denn es wird Zeit, dass den schönen Sonntagsreden und wohlklingenden Überschriften endlich Taten folgen.

Bisher ist nämlich nicht viel passiert im Land. Die Klimabilanz der ersten grün-schwarzen Landesregierung fällt mehr als bescheiden aus. Weder konnte eine Absenkung der CO²-Emissionen noch der Ausbau der erneuerbaren Energien verbucht werden. Dieser fiel in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern sogar unterdurchschnittlich aus. Hier muss endlich etwas passieren! Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Herbstklausur in Heidenheim ein konkretes Programm aufgelegt, wie Windkraft und Photovoltaik deutlich und zügig ausgebaut werden können. Auch für die Wärmewende, den Ausbau der E-Mobilität und zur digitalen Teilhabe haben wir konkrete Schritte ausgearbeitet. Mit diesen werden wir die Landesregierung immer wieder konfrontieren und endlich zum Handeln zwingen.

Doch auch auf anderen entscheidenden Politikfeldern kommt Grün-Schwarz nicht voran. Bisher ist vom neu geschaffenen Ministerium für Wohnungsbau noch nicht viel zu hören. Und statt mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wollte die Landesregierung in Stuttgart zahlreiche Mieterinnen und Mieter aus ihren günstigen Wohnungen werfen, um dort neue Bürogebäude zu bauen. Erst der massive Protest von SPD und Stuttgarter Mieterverein haben den Ministerpräsidenten gezwungen, hier die Notbremse zu ziehen.

Auch beim Thema Bildung sieht es nicht besser aus. In Berlin stellte sich der Ministerpräsident quer und kritisierte den Bund auch noch, der für den Ausbau der Ganztagschulen sehr viel Geld in die Hand nimmt, um die Länder bei dieser ihrer ureigenen Aufgabe zu unterstützen. Und auch in den Kitas besteht dringender Handlungsbedarf. Seitdem die SPD im Land nicht mehr in Regierungsverantwortung ist, wurde die frühkindliche Bildung größtenteils vernachlässigt. Vom Umgang des Kultusministeriums mit den Schulen in der Coronakrise ganz zu schweigen. Auch unter einer grünen Kultusministerin wird Konzeptlosigkeit und die Verunsicherung von Eltern, Schülerschaft und Lehrkräften weiter fortgesetzt, das aber sehr konsequent.

Da lässt der Blick nach Berlin doch sehr hoffen, dass dort nun ein fortschrittliches Regierungsbündnis für Aufbruch sorgt. Ich persönlich freue mich sehr, dass ich daran teilhaben und mitarbeiten kann. Als Kopf der Arbeitsgruppe „Bildung und Chancen für alle“ darf ich die SPD in die Verhandlungen führen und meine Erfahrungen als früherer Kultusminister in den Koalitionsvertrag einbringen. Seit letztem Donnerstag treffen sich parallel insgesamt 22 Arbeitsgruppen aus SPD, Grünen und FDP und diskutieren die Richtung und Ziele einer neuen SPD-geführten Bundesregierung. Wir können gespannt sein, was diese Verhandlungen bringen. Ich bin mir sicher, sie werden eine starke sozialdemokratische Handschrift haben.

In diesem Sinne wünsche ich auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Das Land nach der Bundestagswahl

In der ersten Sitzung nach der Bundestagswahl wollte die SPD deren Ergebnisse und Bedeutung für Baden-Württemberg im Rahmen einer Aktualen Debatte diskutieren. Hier Auszüge aus meiner Rede vom 29. September:

„Diese Wahl war die erste inklusive Bundestagswahl und es besteht sicher Einigkeit darüber, dass das eine gute Wahl war. Meine Gratulation geht an die Grünen für ihren Zugewinn, auch wenn er kleiner war als erwartet und das Kanzleramt verfehlt wurde. Gratulation auch an die FDP, die in Baden-Württemberg überdurchschnittliche Gewinne verbuchen konnte und auf der Seite der Wahlgewinner steht. Natürlich bin ich glücklich über das eigene Ergebnis und die Gunst der Wählerinnen und Wähler, die uns zur zweitstärksten Kraft im Land gemacht haben. Das hätte vor Monaten niemand geglaubt und das macht uns sehr stolz. Dennoch ist es unerträglich, dass eine Partei wie die AfD trotz ihrer Verluste und zunehmenden Radikalisierung immer noch knapp zehn Prozent der Stimmen bekommen hat. Das ist unerträglich und muss uns Mahnung sein, dass alle demokratischen Parteien weiterhin gegen jegliche Form von Ausgrenzung, Hass und Hetze durch diese Partei kämpfen. Gratulation auch an die CDU, die im Land immer noch den höchsten Zweitstimmenanteil und die meisten Direktmandate errungen hat. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die CDU auf Landesebene fast zehn Prozent und damit mehr als im Bund verloren hat und hier nur noch knapp vor der SPD liegt und im Bund als stärkste Kraft von ihr abgelöst wurde. Ein größeres Misstrauensvotum ist kaum möglich. Das ist eine eindeutige Botschaft, eine neue Regierung aus SPD, Grünen und FDP zu bilden. Die absolute Mehrheit spricht sich für eine Ampel für Fortschritt und Veränderung aus. Das gilt für Klimaschutz, Wohnungsnot, sichere und gute Arbeit, klimaneutrale und erfolgreiche Wirtschaft, soziales Miteinander und optimale Bildung von Anfang an. Schon im Frühjahr gab es im Land die Möglichkeit auf solch ein fortschrittliches Bündnis. Und ich halte es nach wie vor für einen großen Fehler und eine vertane Chance, dass diese nicht ergriffen wurde. Ich habe Bedenken, dass den schönen Worten im grün-schwarzen Koalitionsvertrag endlich Taten folgen. Denn bisher hat sich dieses Bündnis nur gegenseitig ausgebremst. Grün-Schwarz im Land hat definitiv keinen Vorbildcharakter für den Bund. Es ist eher ein Auslaufmodell, für das nur noch 40 Prozent der Menschen gestimmt haben. Der Stillstand wurde abgewählt. Wir brauchen nun eine neue Bundesregierung, die Probleme anpackt und nicht weiter vor sich herschiebt.“

Was kostet Kretschmann III?

Die SPD erfragte, welche finanziellen Auswirkungen die Regierungsbildung „Kretschmann III“ auf den Landeshaushalt hat. Die Aussprache zu dieser parlamentarischen Initiative fand in der 13. Sitzung des Landtags am 6. Oktober statt. Den Antrag begründete der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Nicolas Fink:



Foto: SPD-Landtagsfraktion

„Grundsätzlich stellt sich die Frage, wofür man Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in diesem Ausmaß braucht. Die Antwort der Landesregierung ist, dass die Menschen im Land nicht mehr nur den Dialog mit Mitarbeitern wünschen, sondern mit politisch Verantwortlichen. Diese Antwort ist ärgerlich und nicht ehrlich. Dialog und Beteiligung sind selbstverständlich wichtig und richtig. Doch laut Landesverfassung dürfen politische Staatssekretäre - das sind 11 der 14 Staatssekretärinnen und Staatssekretäre - nur Aufgaben von geringer rechtlicher und politischer Tragweite ausführen. Betrachtet die Landesregierung Dialog und Beteiligung also als Aufgaben von geringer rechtlicher und politischer Tragweite? Es geht Grün-Schwarz aber keineswegs darum, den Dialog mit den Bürgern in den Vordergrund zu stellen. Der aufgeblähte Regierungsapparat dient vielmehr dazu, Machtbalance und Koalitionsfrieden herzustellen. 4 – 8 – 14. Das ist die Anzahl der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in Kretschmann I, II und III. Ein Zuwachs von 250 Prozent! Die Kosten für diese zusätzlichen Maßnahmen der Landesregierung betragen zehn Millionen Euro jedes Jahr. Damit könnte man weitaus Sinnvolleres anfangen im Land, denn es gibt hier viel zu tun. Diese Summe findet sich auch im Nachtragshaushalt 2021, der als Corona-Haushalt bezeichnet wird, weil man damit die Schäden und Folgen der Pandemie bewältigen will. Neue Schulden dürfen dabei aber nur im Fall einer Naturkatastrophe aufgenommen werden und nicht, um den Regierungsapparat derart zu vergrößern. Es kann bei all dem nicht darum gehen, einer grün-schwarzen Landesregierung das Regieren zu erleichtern, sondern es muss darum gehen, unser Land gut und progressiv zu regieren!“

Ganztagesförderungsgesetz

In der Aussprache zur Regierungsinformation in der 14. Sitzung des Landtags am 7. Oktober kritisiere ich die Haltung der Regierung hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschulen, die der Bund mit seinem neuen Gesetz und finanzieller Unterstützung vorantreiben möchte. (Auszug)

„Optimale und gerechte Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft zu schaffen, das war in unserer gemeinsamen Regierungszeit einer der Schlüssel, der uns veranlasst hat, viele Dinge im Bildungssystem zu verändern. 2014 wurde in Baden-Württemberg als letztem aller Bundesländer der Ganztags im Primarbereich im Schulgesetz festgeschrieben. Grüne und SPD haben hier Bildungsgeschichte geschrieben. Dagegen hat die CDU über Jahrzehnte Themen wie den Ausbau der frühkindlichen Bildung oder der Ganztagschulen verhindert bzw. auf Schulversuche in Brennpunktschulen beschränkt. Die Kommunen waren gezwungen, Eltern, die dringend auf Ganztagsbetreuung angewiesen waren, entsprechende Angebote zu machen. Dabei gibt es einen fundamentalen Unterschied zwischen einem Ganztags, der von Pädagogen gestaltet wird, und einer bloßen Nachmittagsbetreuung. Die SPD wollte und will mehr Zeit für vertieftes Lernen, eine pädagogische Einheit aus Unterricht, individueller Förderung, Aktivpausen, Hausaufgabenbetreuung und neuen Freizeitaktivitäten. Damit erhalten wirklich alle Kinder einen besseren Zugang zu Bildung. Wir können es uns nicht leisten, auf kluge Köpfe zu verzichten. Davon leben unsere Firmen und unsere Gesellschaft insgesamt. Die Grünen haben sich beim Ganztags nur reingehängt, als sie mit der SPD regiert haben. Nach dem Partnerwechsel müssen alle Versprechen und Ziele aus dem Koalitionsvertrag daran gemessen werden, was tatsächlich umgesetzt wird. So wurden im Schuljahr 2021/18 noch 52 neue Ganztagschulen geschaffen. Ein Jahr später nur 31, ein weiteres Jahr später noch 14 und seither lediglich 13 bei über 2.000 Grundschulen im Land. Wir sind kaum bei 30 Prozent und trotzdem wurde das Programm geradezu abgewürgt. Das ist schlecht für die Familien und Kinder im Land, denn der Ganztags ist wichtig und gehört zu einer modernen Bildung. Die vergangenen fünf Jahre Grün-Schwarz waren verlorene Jahre für den Ausbau der Ganztagschule. Den Vorschlag für eine neue Föderalismuskommission begrüßen wir, denn die Länder allein werden überfordert sein mit dem Ausbau. Wir brauchen eine Übereinkunft mit dem Bund, wie wir gemeinsam, auch mit den Kommunen, eine Bildungsrepublik Deutschland auf die Beine stellen können, die auskömmlich finanziert und von hoher Qualität ist.“

Familien und Kitas funken SOS!

Laut einer Umfrage des Verbands Bildung und Erziehung herrscht in fast jeder Kita im Land Personalmangel, teilweise sogar gravierend. Deswegen forderte die SPD die Landesregierung auf, im Rahmen einer Aktuellen Debatte Stellung zu nehmen und diesen Notstand schnellstmöglich zu beheben.

Für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Stefan Fulst-Blei, konnten die Notrufe kaum deutlicher ankommen als durch die jüngste Studie des Deutschen Kitaleitungskongresses zum Thema Kitas im Land. In neun von zehn Einrichtungen könne demnach die Aufsichtspflicht nicht mehr gewährleistet werden. Die enorme Arbeitsbelastung führe zu höheren Fehlzeiten und zusätzlichen Krankschreibungen. Kitaleitungen fühlten sich alleingelassen und warteten vergebens auf die Möglichkeit, die für ihre Arbeit so notwendige Leitungszeit auch umsetzen zu können. 78 Prozent der Leitungen spürten keine oder nur geringe Wertschätzung aus der Politik. Unklare und wechselnde Vorgaben in der Coronapandemie täten ihr Übriges. Noch nie habe es so viele Reaktionen im Vorfeld einer angemeldeten Debatte gegeben. Das zeige die massiven Defizite dieser Landesregierung. Die Folgen verunsicherten die Eltern im ganzen Land. Betreuungszeiten würden verkürzt und oft nur kurzfristig mitgeteilt. Das Ziel von Vereinbarkeit von Familie und Beruf und früher pädagogischer Förderung gerieten damit in weite Ferne. Auch das Verhältnis der Eltern zu ihren Arbeitgebern werde beeinträchtigt und führe möglicherweise gar zu existenziellen Ängsten. Schon im August veranlasste eine Bertelsmannstudie den SWR zur Schlagzeile „Baden-Württemberg-Kitas fehlen Zehntausende Fachkräfte“. Fulst-Blei fragt, wie so etwas passieren konnte in einem Land, das zum Ende der grün-roten Regierungszeit von der gleichen Studie eine Spitzenposition im Bereich Kitas bescheinigt bekam. Von 2011 bis 2016 habe man konsequent an dieser Position gearbeitet, Kitas massiv ausgebaut und mit PIA die Ausbildungszahlen, auch bei den männlichen Pädagogen, deutlich gesteigert. Nach nur fünf Jahren Grün-Schwarz habe man nun einen Kita-Notstand. Dieser Fachkräftemangel sei nicht vom Himmel gefallen, sondern hausgemacht. Die SPD habe immer wieder Vorschläge unterbreitet, z.B. Ausbildungsplätze auszubauen, Rückkehrprämien oder Aufstockungsmöglichkeiten für Teilzeitkräfte anzubieten. Um den Fachkräftemangel zu beheben, müsse man aber Geld in die Hand nehmen. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, endlich zu handeln: „Denn auf den Anfang kommt es an. Und der muss gelingen!“

Im Wahlkreis

Kontinuität im SPD-Kreisverband



Am 17. September fand unser Kreisparteitag im vollen Bürgersaal in Herbrechtingen statt. Kurz vor der Bundestagswahl konnte ich mich noch einmal persönlich an unsere Mitglieder vor Ort wenden und sie für die letzten Wahlkampfstage mobilisieren, indem ich u. a. von meinem beeindruckenden Treffen mit Olaf Scholz in Stuttgart erzählte. Auch Aktuelles aus dem Stuttgarter Landtag konnte ich berichten, wo die Kritik am Krisenmanagement der Landesregierung nicht abreißt.

Unser Kreisvorsitzender Dr. Florian Hofmann ging in seinem Rechenschaftsbericht auf die Arbeit des SPD-Kreisverbands in den letzten beiden Jahren ein und bedankte sich bei allen, die sich im Rahmen der Heidenheimer Oberbürgermeisterwahl eingebracht und Michael Salomo erfolgreich unterstützt hatten. Die Geschlossenheit der Ortsvereine und des Kreisverbands sei nach wie vor die Stärke der SPD in unserem Landkreis. Er warb darum, dass sich die Mitglieder noch aktiver einbringen, denn es stehen auch kommunalpolitisch zahlreiche wichtige Themen auf der Agenda, angefangen beim Kreiskrankenhaus, über bezahlbares Wohnen auch im ländlichen Raum, bis hin zum nicht endenden Thema des Brenzbahnausbaus.

Die Vorstandswahlen brachten folgende Ergebnisse: Vorsitzender bleibt der Heidenheimer Stadtrat Dr. Florian Hofmann. Als seine Stellvertreter wurden Wolfgang Lutz, Fraktionsvorsitzender im Königsbronner Gemeinderat, und zum ersten Mal die Heidenheimer Stadträtin Tanja Weiße gewählt. Schatzmeister bleibt Elmar Brändel aus Königsbronn. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden mit sehr guten Wahlergebnissen Monika Albrecht-Groß aus Hürben, die Giengener Stadträtin und Fraktionsvorsitzende Gaby Streicher und Peter Müller aus Hermingen gewählt. Ich wünsche dem neuen Vorstand viel Erfolg und vor allem Freude an der gemeinsamen Parteilarbeit.

Bundestagswahlen: Starkes Ergebnis für die SPD

Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl haben mehr als deutlich gezeigt: Die Menschen wollen endlich einen Politikwechsel. Dabei sind SPD, Grüne und FDP mit deutlichen Stimmzuwächsen die Wahlgewinner. Es ist an ihnen, nun eine fortschrittliche und gleichzeitig sozial und ökologisch ausgerichtete Regierung unter der Kanzlerschaft von Olaf Scholz aufzustellen. Die bundesweiten Verlierer sind CDU/CSU sowie AfD und Linke. Auch hier im Wahlkreis bezeugt dies das Stimmverhalten der Wählerinnen und Wähler. Obwohl das Direktmandat wieder an die CDU ging, hat die Union stark verloren und der Abstand zur SPD auf dem zweiten Platz hat sich stark verringert. In Heidenheim, Giengen, Herbrechtingen, Gerstetten und Königsbronn liegt die SPD mit den Zweitstimmen sogar vor der CDU. Besonders freut mich, dass die AfD massiv Stimmen verloren hat. Dieser Trend muss sich weiter fortsetzen. Die Grünen haben schlechter abgeschnitten als erwartet. Im Wahlkreis hat es für ein Mandat in Berlin nicht mehr gereicht. Ganz sicher spielt hier auch rein, dass Ministerpräsident Kretschmann sich im Frühjahr gegen eine Ampel und für ein bequemes „Weiter so“ mit der CDU entschieden hat. Der Kretschmann-Bonus, von dem die Grünen im Land in den letzten Jahren profitiert haben, schmilzt zusehends. Das gibt mir Hoffnung und Mut für die nächste Landtagswahl. Doch bis dahin werden wir die grün-schwarze Landesregierung vor uns hertreiben, indem wir aufzeigen, was im Bund gelingt und wir im Land schon längst hätten haben können.



Foto: SPD Baden-Württemberg

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de